

erlin, Dienstag,
Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.
Abonnements-Preis:
täglich für Berlin 7 Mt. 50 Pf.
e Botenlohn, für ganz Deutsch-
land und Oesterreich 9 Mt.
Frankreich, Belgien, England,
weiz, Amerika: Kreuzband-
Sendung 20 Mt. per Vierteljahr.
Abonnements werden angenommen:
Frankreich bei Aug. Arnould in
Straßburg i. G.,
England bei Aug. Sigs in London,
Eine Street E. C., Combe & Co. in
London, 19 Oldham Street E. C.

Morgen

Nr 161.

Ausgabe.

den 5. April 1892.

Berliner Börsen-Zeitung.

Als Gratis-Beilagen erscheinen:
Verdingungs-Anzeiger,
Hotels- und Bäder-Anzeiger,
Vollständige Ziehungslisten
der Preussischen Klassen-Lotterien,
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Abonnements werden angenommen
bei allen

Inserions-Gebühr:
die viergespaltene Zeile 40 Pf.,
Reclamezeit 80 Pf., die ganze Seite
200 Mark.

Postanstalten, Zeitungs-Speditionen und unserer Expedition.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Der Krisis zweiter Theil.

Das im Abgeordnetenhaus besondere Reizung vor-
den sein sollte, heute eine „große“ Debatte ein-
leiten, ist sehr zu bezweifeln. Wir sind unvornehm-
lich in die Zeit der „Krisen“ eingetreten, in
der zwei Fäden die Politik im Inneren,
angeht so langsam werden sollte, von einer
Arbeit in die andere und schließlich zu vollendetem
Krisis geführt hat. Aber allzufrüh kommen wir
nicht aus den Irrgängen wieder heraus, in die wir
ere gelangte innere Entwicklung hineintreiben
en. Die Trennung der Aemter des Reichskanzlers
des Preussischen Ministerpräsidenten war gewiss
weniger als eine organisch notwendige
Regel, aber sie war in diesem Augenblick
dringlich notwendig als Aus-
sichtsmittel; sie bedeutet augenfällig den Anfang
der Reife von Aktionen, die man treffend als die
era der „Entwirrung“ bezeichnen könnte.
er muß man nicht erwarten, daß dieses Heraus-
stellen aus allen möglichen Verwicklungen, das
sich einer klar abgegrenzten, klar geschiedenen
tion und das scharf pointierte Verhältnisses der-
en Zug um Zug geschehen werde. Gut Ding
l. Weile haben und wir mögen uns genügen
en damit, daß der Anfang gemacht wurde.
Das als nächstes tretendes Ereignis ins Auge
fassen ist, kann heute im Abgeordnetenhaus un-
möglich eintreffen. Es bedarf einer bestimmten
Stellungnahme der konservativ-clericalen
Majorität. Die Majorität hat einen Appell
an die clerical-konservative Mehrheit ergehen lassen, der
die Majorität ein ungenügendes Maß von patriotischer
Uebereinstimmung voraussetzt. Diese Mehrheit soll
sich ihrer selbst bewußt einrichten und einrichten, daß die mit
einer Heftigkeit der Schlußfolgerung verlorene Politik zu
er inneren Bekräftigung von unverzaglich bester
Kraft hätte, daß in Vorausacht einer solchen
Kraft ist Staatsflug ist, nicht zu fragen, ob die
Mehrheit sich jähren möchte, sondern ist, um die einem
eile des Volkes so widerwärtige Geistesgebung zu
de zu führen, sondern zu fragen, ob die Erregung
Durchführung der besten Volkswirtschaft je wieder
schwierigkeiten und ausgleichlichen wäre. Kein Staats-
man, keine Staatsregierung in Preußen soll, wenn
eine Frage nur bejaht werden kann, die bestehenden
nungen fundamental umgestalten! Zu diesem
Wort: quærens non movere!

Doch wäre es von der konservativ-clericalen Mehr-
heit zu viel verlangt, daß sie heute schon die beste
de der Aufassung erreicht oder sich — anderweitig
mäßig gemacht haben sollte. Es ist gar nicht zu
kennen, daß es stark gäbe, — und zwar bei den
servativen, wie bei den Ultramontanen. Es ist
er undenkbar, daß heute im Abgeordnetenhaus die
e oder die andere Hälfte der Mehrheit bindende
klärungen abgeben kann. Und ehe das nicht ge-
hen kann, ist eine weitere „Klärung“ nicht her-
zuführen, also auch keine „große“ Debatte zu er-
ten.

Man wird wohl das Bedäufnis haben, von der Tri-
des Abgeordnetenhaus herab ebenfalls zu der voll-
nen Trennung der beiden hohen Aemter sich auszu-
schen. Dabei kann wenigstens zu Tage kommen, denn
dieser Anlegenheit hat der Reichstag schon ge-
achtet. Was etwa noch zu erörtern wäre, ist die
age nach der nunmehr dem Preussischen Minister-
präsidenten zuerkannt Bedeutung. Der Reichs-
tag selbst hat den Anlaß gegeben, auf dieser
heit einzugehen; er hat den von ihm geräumten
in verschiedener Weise charakterisiert: erst als
n lastenreichen und schwierigen Posten, der einen
ann für sich erfordert, nachher als einer Posten,
mit einigen Formalitäten hinreichend ausgestattet
den könnte. Darüber auch den neuen Minister-
präsidenten zu vernehmen, erscheint allerdings ange-
ht. Denn wenn schon der Präsident des Staats-
ministeriums nur formale Beschäfte zu ver-
en, die Abstimmungen im Ministerrat zu ver-
lassen, die Sitzungen zu leiten gäbe, wozu dann
Cabinetordre von 1852? Wozu besonders die
ührung dieses Postens, oben drein mit Repräsen-
ausgestatten, wie sie nur noch der Reichskanzler be-
ht? Wozu auch noch einen Vizepräsidenten u. s. w.?
Doch dürfte es dem neuen Ministerpräsidenten

nicht allzu schwer fallen, auf diese Fragen Bescheid
zu geben. Staatsrechtlich ist seine Stellung aller-
dings nur in der Weise unklar, wie Graf von
Caprivi es festgestellt hat. Da sich doch neuer-
dings in einem Falle ergeben, daß der Preussische
Minister-Präsident nicht einmal legitimiert er-
scheint, um namens der Minister oder der
Unterbekörden eines bestimmten Ressorts die Be-
leibungslage anzufordern. Er ist nicht Borge-
setzter irgend eines Beamten, es sei denn als Mi-
nister des Auswärtigen Amtes; und er bedeutet
gegenüber der Krone wie gegenüber der Volksver-
tretung staatsrechtlich nur dann etwas, wenn er sich
auf Beschlüsse des Ministeriums, bezw. auf die über-
einstimmende Auffassung der Staatsregierung be-
ruhen kann.

In diesem bescheidenen Rahmen hat aber der
Preussische Ministerpräsident Bismarck eine historische
Ueberlieferung begründet, die von der Krone wie
von dem Lande bejaht und anerkannt worden; und
es ist der Wunsch aller derjenigen, die auf dem
Boden innerer monarchisch-constitutioneller Staats-
weisens stehen, daß es nach Möglichkeit bei dieser
Ueberlieferung verbleibe. Der Preussische Mi-
nisterpräsident soll der Krone ein persönlicher
Berater mit autoritärem Gewicht, dem Lande
gegenüber die Verkörperung eines kräftigen Re-
gierungswillens und der selbständige Träger des
Regierungswillens sein. Eben deshalb ist es ja
objektiv zu beklagen, daß neben dieser stark aus-
geprägten Persönlichkeit in Preußen fortan ein
weiter, ebenfalls leitender Staatsmann im Reiche
bestehen soll, von dem dieselbe kräftige Art voraus-
gesetzt wird. Man dürfte darum geneigt sein, dem
Antrag, daß der Ministerpräsident im Etat als „künftig
wegzufallen“ zu bejehenen sei, mit großer Mehrheit
im Landtag zuzustimmen. Der Landtag hat nicht
die mindeste Ursache, jetzt bereits als dauernde Ein-
richtung zu bewilligen, was in aller Welt nur als Aus-
sichtsmittel zum Zwecke der Entwirrung complicirter
Verhältnisse verstanden wird.

Wie nun aber das Ennenbürgische Regierungs-
programm aussehen und wie es verwirklicht werden
soll, das kann erst die Entwicklung der nächsten
Monate lehren. Was er selbst am Montag der vorigen
Woche zum Besten gegeben, ist nur eine Re-
gation; er will keine Politik, die zu unermittelt scharf-
en, dauernd unüberbrückbaren Gegensätzen führt.
Er appellirt an die clerical-konservative Mehrheit, in
diesem patriotischen Nicht-Wollen sich ihm anzu-
schließen.

Die dies angeht, brauchen Zeit, um ihrerseits
Stellung zu nehmen; sie werden sich heute schwerlich
schon festlegen können. So sehr auch „Unkel Stöcker“
und der Welse v. Hammerstein bereit wären, namens
der konservativen Partei diesen Angriff zu
thun, die konservative Fraction wird schwerlich dar-
über sich einigen können, denn neuen Ministerprä-
sidenten sofort eine Abgabe zu behändigen. Geht
es von Einzelnen, so geschieht es, um den Bruch
innerhalb der Partei zu beschleunigen! Insofern
also mag es von symptomatischem Interesse sein, wie
die Conservativen sich verhalten. Aber selbst der
Bruch läßt sich nicht vom Landtag aus durchführen,
nur in die Wege leiten. Wenn Herr Stöcker und
Herr von Hammerstein ihr Vorgehen vollbracht
haben, muß sich doch erst zeigen, wer da mitreiten
will. Die Partei im Lande muß den Proceß fort-
führen, und wie sie ihn beenden wird, ist einstweilen
noch gar nicht so über alle Zweifel erhaben, wie es
der Kreuzzeitung wohl scheinen möchte.

Das Centrum hätte vielleicht mehr die Neigung,
auf die Bänke der Opposition wieder setzbar zu rücken,
und es soll uns gar nicht verwundern, wenn von
seinen Rednern heute der kräftigere Ton angeschlagen
wird. Allein — so klug ist das Centrum auch
ohne Windthorst, um zu wissen, daß es seine parla-
mentarischen Ansichten verwickelt hat und seine poli-
tische Position sich verdirbt, wenn es der Ungebuld
und der Leidenschaft die Zügel überläßt. Sehr viel
wirksamer und auch von politisch größerer Tragweite
wäre es dagegen, wenn der Wunschkreis in die Oppo-
sitions-Stellung gemeinsam mit einem erheblichen
Theile der Conservativen erfolge. Darauf wird
das Centrum wirken, und sich inzwischen um
Katholikentage und die Vorbereitung auf das
nächste Conclave bekümmern, in Preußen und Deutsch-

land aber sich auf eine bilatorische Behandlung der
Dinge verlegen.
So wird die Krisis heute schwerlich bereits in
ihren zweiten Theil eintreten. Vielmehr ist anzun-
ehmen, daß die nächste Klärung, die bestimmte
Stellungnahme der konservativ-clericalen Mehrheit
zu der neuen Regierung in Preußen vor Sommer-
ende nicht erfolgt. Dann allerdings kann möglicher-
weise die Auseinandersetzung rasch weitergehen.
Jedenfalls bringt uns der heutige Tag darüber
klarheit, ob die Regierung auf eine solche Aus-
einandersetzung bereits ihr Augenmerk gerichtet hat.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 4. April. (G. T. C.) Der Hambur-
gischen Börsenhalle zufolge haben die Hamburg-
Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft sowie
der Norddeutsche Lloyd die Passagierpreise für sämt-
liche Dampfer um weitere 10 Mt. erhöht, da der
Anstieg der Petroleum in letzter Zeit ein noch
gehöriger geworden ist.

Wien, 4. April. (D. B. Hd.) In Böhmisch-
Leutau in der Spinnerei von Kollad Schone sind
zweihundert Arbeiter wegen Entlassung von einigen
unbotmäßigen Arbeitern ausständig.

Leipzig, 4. April. (G. T. C.) Landtag. Bei der
Verhandlung über den Antrag Eisenbachs auf Ver-
mehrung von Vertretern der katholischen Kirche im
Landesparlament und Befreiung der Vertreter des
israelitischen Glaubens-Bekenntnisses in denselben,
erklärte der Statthalter Freiherr von Putzbin, eine
zweijährige Erprobung biete zu der bean-
tragten Abänderung des Schulunterrichts-Gesetzes keinen
Anlaß. Der Bischof Doppelbauer wendete sich gegen
das Volksschulgesetz, welches manches Unrichtige
und Unklare enthalte und führte aus, daß die
Schule die Kinder sittlich und religiös erziehen solle,
Sittlichkeit fliege aber aus der Religion. Die Kirche
werde niemals die Dominanz des Staates in reli-
giösen Dingen anerkennen. Die Berechtigung von
Kindern verdrängen Confession in einer Schule
erzeuge Unzufriedenheit. Der Redner der Conserva-
tiven erklärte, daß seine Partei dem Bischof be-
stimme.

Brüssel, 4. April. (G. T. C.) Nach hier einge-
gangener Meldung explodirte in Seraing vor dem
Hause eines Steingewerks zwei Dynamitpatronen. Schaden
wurde durch die Explosion nicht verriacht.

Brüssel, 4. April. (D. B. Hd.) Heute Vormittag
sah auf der Strecke Gent-Dudenarde eine Jugend-
gelsung statt. Mehrere Wagen und die Locomotive
führten in einen Graben. Mehrere Passagiere er-
litten leichte Verletzungen.

Paris, 4. April. (D. B. Hd.) Die als Frau
verkleidete Person, deren Verhaftung gemeldet wurde,
ist, wie sich herausgestellt hat, nicht der geachtete
Anarchist Mathieu.

Paris, 4. April. (G. T. C.) Eine amtliche De-
pesche aus Porto-Novo von gestern befragt: Die
Dahomeischen Truppen erhalten fortdauernde Ver-
stärkungen und legen ihren Vorrath fort. Gegen
die Stadt Porto-Novo wird wahrscheinlich heute ein
Angriff unternommen werden.
Die Nachricht von der Verhaftung des Anarchisten
Mathieu bestätigt sich nicht.

London, 4. April. (G. T. C.) Nach einer Mel-
dung der „Times“ aus Buenos Aires wird der Be-
lagerungszustand voraussichtlich bis zum 1. Mai,
dem Tage des Wiederzujammentritts des Congresses,
aufrechterhalten werden. Zu der Armeesoll sich eine
große Unzufriedenheit, insbesondere gegenüber dem
Kriegsminister bemerkbar machen.

New-York, 4. April. (D. B. Hd.) Nachrichten
zufolge, die hier über Galveston eingelaufen sind, ist
in Ecuador eine Revolution ausgebrochen. Die
Empörer ergreifen von einem der Regierung ge-
hörigen Dampfer Besitz.
(Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

Ausländische Nachrichten.

Der König hat dem Marine-Torpedo-Bauinspector
Scheidt zu Kiel und dem Director des Real-Program-
mums in München, Professor Dr. Bahrdt dem
Krothen Adler - Orden vierter Klasse, dem